

## Korruption nimmt zu

Transparency stellt Index vor

VON THERESA MÜNCH

Berlin. Korruption und Bestechung nehmen einer Umfrage zufolge in der Wirtschaft und in öffentlichen Institutionen in Deutschland gefühlt zu. Führungskräfte aus der internationalen Wirtschaft stufen die Bundesrepublik im Korruptionsindex von Transparency International (TI) schlechter ein als im Vorjahr, sodass das Land in diesem Jahr nur 80 von 100 Punkten erreicht. Das ist ein Punkt weniger als im Jahr zuvor. Trotzdem rutscht Deutschland im weltweiten Ranking um einen Platz nach vorn auf den elften Rang – weil sich das Niveau insgesamt verschlechtert hat.

„Offensichtlich existiert hier der Eindruck, dass man mit unlauteren Methoden auch in Deutschland Geschäfte fördern kann“, erklärte die TI-Deutschland-Vorsitzende Edda Müller in Berlin. Die Skandale der deutschen Großkonzerne ließen den Glauben der Menschen an den Rechtsstaat bröckeln.

Der jährlich veröffentlichte Index misst die in Wirtschaft, Politik und Verwaltung wahrgenommene Korruption im öffentlichen Sektor in Deutschland und 179 weiteren Ländern. Weltweit litten die Menschen 2018 demnach stärker unter Korruption als im Vorjahr. So werde diese unter anderem in den USA in Wirtschaft und staatlichen Institutionen als zunehmendes Problem wahrgenommen. Auffällig: Die Bürger der EU-Staaten Rumänien und Bulgarien leiden laut Index stärker unter staatlicher Korruption als etwa Menschen in Saudi-Arabien, dem Oman und Ruanda. Schlusslicht ist, wie schon in den Vorjahren, Somalia. Am seltensten erleben die Menschen dagegen Korruption in Dänemark, Neuseeland und Finnland.

„Korruption ist die größte Geißel für Entwicklung“, erklärte Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU). „Sie untergräbt Rechtsstaatlichkeit, verhindert Investitionen und zerstört das Vertrauen in den Staat.“ Deswegen sei es enttäuschend, dass weltweit der Kampf gegen Korruption sehr langsam vorankomme. Reformorientierte Länder zeigten aber, dass Korruption erfolgreich bekämpft werden könne, sagte der Minister. Als Beispiele nannte er unter anderen Tunesien, Marokko und Ghana.

Nach Einschätzung von Transparency International gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen zunehmender Korruption und einem Verfall von Demokratien und rechtsstaatlichen Strukturen. Korruption gedeihe überall dort, wo demokratische Strukturen geschwächt würden – Beispiele in Europa seien Ungarn und die Türkei.

### AKK TRIFFT SÖDER

#### Gemeinsamkeiten beschworen

Berlin. Die neuen Vorsitzenden von CDU und CSU, Annegret Kramp-Karrenbauer und Markus Söder, wollen ihre Parteien zu erfolgreicher Zusammenarbeit zurückführen. Zudem planen sie, CDU und CSU als Volksparteien breiter aufzustellen: konservativ, liberal und auch sozial. Das machten die beiden nach einem Treffen in Berlin deutlich. Es werde auch weiterhin unterschiedliche Positionen der Schwesterparteien geben. Aber beide Parteien müssten sich bewegen, um gemeinsam Erfolg zu haben. Offensichtlich mit leichtem Seitenhieb auf Kramp-Karrenbauers Vorgängerin, Kanzlerin Angela Merkel, sagte Söder, er freue sich, „dass die CDU ihre konservative Seele wiederentdeckt“.

DPA

### „DIE BLAUE PARTEI“

#### Petry verliert Markenstreit

München. Die ehemalige AfD-Vorsitzende Frauke Petry hat einen Markenstreit mit ihrer früheren Partei verloren. Sie muss ihre angemeldete Marke „Die blaue Partei“ löschen, wie das Landgericht München I entschied. Petry hatte nach ihrem Austritt aus der AfD im Jahr 2017 „Die blaue Partei“ gegründet und den Schriftzug als Logo beim Deutschen Patent- und Markenamt als Marke angemeldet. Die AfD war mit ihrer Marke „Die Blauen“ aber rund zwei Wochen schneller als Petry und verlangte von ihr, die Marke zu löschen. Laut Gericht muss sie das jetzt auch tun. Das heißt allerdings nicht, dass Petry ihre Partei umbenennen muss. „Eine Partei braucht für ihre eigentlichen Aufgaben keine Marke“, sagte ein Sprecher des Deutschen Patent- und Markenamtes.

DPA

# „Kritisches Denken muss geübt werden“

Physikprofessor Gerd Ganteför über das kollektive Verhalten von Atomen, Tieren und Menschen



Gerd Ganteför

ist Experimentalphysiker. Sein Forschungsgebiet ist die Nanotechnologie. Er lehrt an der Universität Konstanz und hat eine Reihe populärwissenschaftlicher Bücher veröffentlicht.

Herr Ganteför, Sie sind Physikprofessor. Wie kam es zu einem Buch mit dem Titel „Das Gesetz der Herde – von Primaten, Parolen und Populisten“? Das hat doch nichts mit Ihrem Forschungsschwerpunkt Nanotechnologie zu tun?

Gerd Ganteför: Oh doch, es gibt viele Berührungspunkte zur Physik. Die Modellvorstellungen, die meinem Buch und meinen Thesen zugrunde liegen, gelten zum Beispiel auch für magnetische Atome. Es gibt Gesetzmäßigkeiten, die sich von der belebten bis in die unbelebte Natur ziehen. Dazu gehört beispielsweise das Verhalten eines Schwarms vieler nahezu identischer Objekte. Man kann es an Herdungen, an der Entstehung eines Staus oder an gesellschaftlichen Entwicklungen illustrieren. Dass ich mich näher mit diesen Zusammenhängen beschäftigt habe, hängt mit der Lehre an der Uni Konstanz zusammen. Einer unserer Exzellenzcluster dreht sich um das Thema kollektives Verhalten. Weil ich fachübergreifendes Arbeiten schätze, habe ich begonnen, mich in das Thema einzuarbeiten und Zusammenhänge zwischen Atom, Tier und Mensch herzustellen. Ich habe mich in der Vergangenheit viel mit Klima- und Energiefragen befasst und hatte dabei intensiven Kontakt mit der Politik. Wie Politik funktioniert, verstehe ich durch die Arbeit an meinem neuen Buch sehr viel besser.

Ihre These ist, dass der Mensch von Natur aus eigentlich nicht für die Demokratie geschaffen ist. In ihm sind Hierarchiedenken, Unterwerfung und Kontrolle angelegt. Was zerrt mehr an uns: solche Instinkte oder zivilisatorische Errungenschaften?

Ein Drittel unseres Gehirns stammt vom Schimpansen. Das ist wichtig, wir brauchen Emotionen und Instinkte, sie sind der primäre Antrieb zum Leben. Doch es ist die Intelligenz, das Bewusstsein und die Fähigkeit zur Reflexion, die uns vom Tier unterscheiden. Dazu gehört auch das kritische Denken, das uns von unseren Instinkten befreit und sie kontrolliert. Die Demokratie lebt vom kritischen Denken, davon, dass wir mit der in uns angelegten Sehnsucht nach Kontrolle, Unterwerfung und Macht umzugehen wissen.

Sie warnen in Ihrem Buch davor, dass dieses kritische Denken nicht mehr ausreichend ausgebildet wird.

Kritisches Denken muss erlernt, geübt und trainiert werden. Man kann das grob mit einem Muskel vergleichen: Wenn man ihn vernachlässigt, bildet er sich zurück. Bildung ist meiner Meinung nach der Schlüssel zur Stabilisierung der Demokratie: Junge Menschen müssen zu kritischen Geistern heranreifen, die Heilsversprechen skeptisch gegenüberstehen und von Diktatoren nichts wissen wollen.

Es kann verführerisch sein, sich selbst keine Gedanken zu machen, sich leiten zu lassen und die Verantwortung abzugeben. So könnte sich erklären, dass es Bundesbürger gibt, die der DDR nachtrauern.

Das ist richtig. Es ist bequem, dem uns angeborenen Unterwerfungstrieb nachzugeben. Aber damit entmündigen wir uns und machen uns zu Herdentieren, die einem Leithammel hinterhertraben, schlimmstenfalls auch ins Unglück, wie die Geschichte lehrt. Das Gleiche gilt für den Leithammel selbst, wenn er

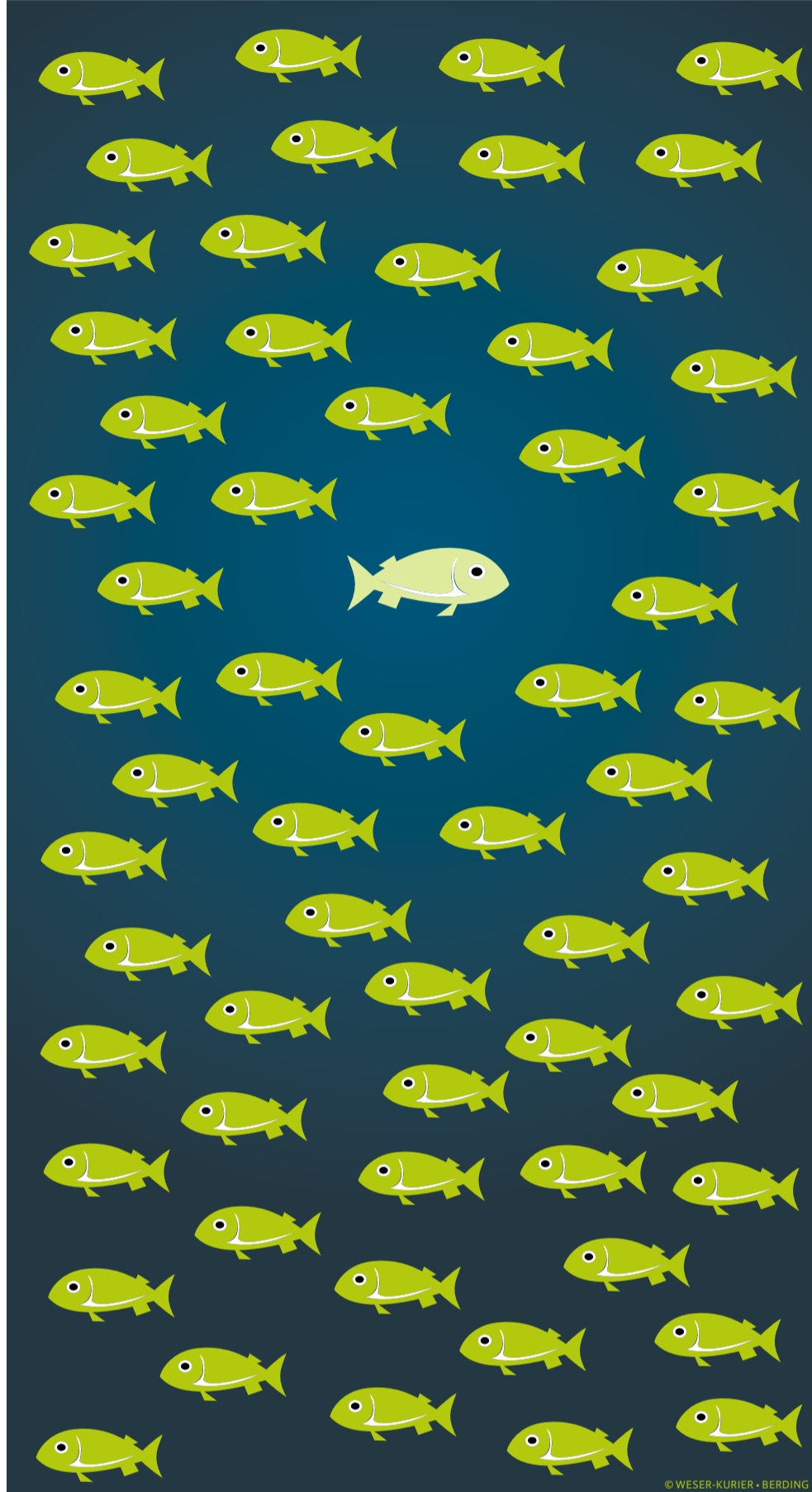
## Nach Kompromiss weiter Streit um Abtreibungsinformationen

Große Koalition einigt sich nach langem Ringen über Entwurf zu einer Reform des Paragraphen 219a

VON ANDREA DERNBACH  
UND PAUL STARZMANN

Berlin. Ärztinnen und Ärzte dürfen künftig straflos darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche anbieten. Weitere Informationen, etwa über die Methoden, die sie nutzen, sind ihnen und anderen Einrichtungen, die Abtreibungen durchführen, aber weiterhin verboten. So steht es im Entwurf zu einer Reform des Paragraphen 219a, auf den sich die Große Koalition jetzt nach langem Ringen geeinigt hat. Der Paragraph ist mit „Werbewort“ überschrieben, verbietet aktuell Ärzten aber auch sachliche Informationen.

Mit der Neufassung wird der seit mehr als einem Jahr heftig diskutierte Paragraph 219a nicht abgeschafft, sondern nur um diesen „Ausnahmetatbestand“ ergänzt. Detaillierte Informationen sollen Sache „neutraler Stellen“, konkret der Bundesärztekammer, werden. Die Ärztervertretung wird durch eine Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes verpflichtet, eine Liste entsprechender Fachmediziner zu führen, die auch die verwendeten Methoden – etwa Absaugung oder Medikamente – enthält.



Über das „Gesetz der Herde“ spricht Physikprofessor Gerd Ganteför in Bremen.

seinem Machttrieb nachgibt, ohne sich durch Selbstreflexion immer wieder selbst zu überprüfen. Wenn beides aufeinandertrifft, entsteht nichts anderes als eine Schimpansen-Gesellschaft.

Vater Staat bemüht sich ebenfalls, seine Bürger zu lenken. Beispielsweise greift er mehr und mehr in die Autonomie der Wirtschaft ein. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nicht von ungefähr den Beinamen Mutter verpasst bekommen. Sehen Sie eine Tendenz zur Bevormundung?

Diese Tendenz gibt es in meinen Augen durchaus. Beispielsweise haben sich laut Medienberichten Politiker wie Angela Merkel und der ehemalige US-Präsident Barak Obama der Methode des Nudgings bedient. Dahinter steht

der Versuch, Menschen zu einem gewissen Verhalten zu motivieren, also anzuschubsen, wie es wörtlich übersetzt heißt. Das ist aber nichts anderes als Manipulation. Es ist den meisten Bürgern nicht bewusst, wie sehr sie in ihrem Alltag durch Politik, Medien und Werbung manipuliert werden. Es wäre wichtig, dass Kinder in der Schule lernten, sich kritisch damit auseinanderzusetzen.

Auch überbordende Bürokratie, die den Lebensweg von der Geburt bis zum Grab durchnormiert, ermüdet Ihre Meinung nach kritische Geister.

Regulierungswut begünstigt Entmündigung. Kritisches Hinterfragen ist nicht gefragt. Wer damit rechnen muss, bei einem Verstoß gegen Vorschriften bestraft zu werden, so unsinnig



Kristina Hänel

FOTO: PFÖRTNER/DPA

dass der Vorschlag zur Streichung von Paragraph 219a StGB vom Tisch ist“.

In der SPD bleibt Skepsis. Für Maria Noichl, Chefin der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen“ (ASF), ist der Groko-Kompromiss nur „ein kleiner Schritt in die richtige Richtung“. Das Ziel der SPD-Frauen bleibe „die komplette Streichung“ des umstrittenen Paragraphen.

Die Wortführer der Anti-219a-Bewegung in der SPD-Bundestagsfraktion, eine Gruppe aus zwölf jungen Parlamentarierinnen, wollen erst einmal abwarten. „Die Diskussion wird mindestens bis zur Kabinettsitzung Anfang Februar weitergehen“, sagt die Abgeordnete Wiebke Esdar. Entscheidend für eine Zustimmung ihrer Fraktion sei die konkrete Ausgestaltung des neuen Gesetzes: „Für uns ist wichtig, dass sich ein Fall wie der von Frau Hänel nicht wiederholt“, sagt Esdar. „Ärztinnen und Ärzte müssen Rechtssicherheit haben.“ Ob die vom neuen Gesetz tatsächlich garantiert wird, muss sich noch zeigen. Für Esdar ist auch

sie auch sein mögen, passt sich zwangsläufig an.

Sie warnen ebenfalls vor neuen Eliten. Was meinen Sie damit?

Ich glaube, es gibt eine Tendenz, dass sich Eliten von in ihren Augen unschönen Entwicklungen absetzen. Man muss Donald Trump kritisch gegenüberstehen. Aber man kann seine Millionen Wähler nicht einfach als dumm abqualifizieren. Das hilft keinen Millimeter weiter. Stattdessen muss man den Ursachen ihrer Wahlentscheidung nachgehen. Ähnlich geht die Elite des Politikbetriebs mit AfD-Wählern um. Sie vermittelt den Eindruck, dass sie es besser weiß als die Bürger, die angeblich falsch gewählt haben. Dadurch entsteht eine gefährliche geistige Haltung: Wem man immer wieder zu verstehen gibt, dass seine Meinung falsch ist, wendet sich ab. So bereitet man den Boden für eine Diktatur. Bürger müssen ermutigt werden, mündige Entscheidungen zu treffen, auch wenn man selbst sie anders treffen würde. Nur so überlebt die Demokratie.

Sie machen sich ernsthaft Sorgen um ihr Überleben?

Die Demokratie ist an sich instabil, weil die Menschen nicht als Demokraten geboren werden. Nicht nur das Ausbilden kritischen Denkens ist wichtig für die Demokratie, sondern auch gesellschaftlicher Zusammenhalt. Er scheint mir mehr und mehr in Auflösung begriffen. Wenn ich beispielsweise manche unserer Studierenden sehe, die sich für Klima- und Tierschutz einsetzen, ist das bestimmt eine gute Sache. Aber der Malocher möchte trotzdem Autofahren und Currywurst essen. Wer dogmatisch bestimmt, dass Currywurst künftig nur noch aus Tofu bestehen darf, setzt sich über die Meinung anderer hinweg, weil er es vermeintlich besser weiß. Das laste ich der Bildungselite an: Dass sie sich nicht mehr ausreichend um die Sorgen und Nöte derer beschäftigt, die ihr nicht angehören. Das spaltet die Gesellschaft.

Sie sind Mitglied der FDP in der Schweiz. Ist Ihr Buch ein Plädoyer für den Liberalismus?

Nein, mein Buch ist unpolitisch, was Parteifarben betrifft. Es ist ein Plädoyer für das kritische Denken, für Reflexion und Erkenntnis. Nur das verhindert, dass man blind Populisten nachläuft und sich instrumentalisiert lässt.

Nun die Gretchenfrage: Was tun?

Ungemein wichtig ist gute Bildung. Kinder müssen lernen, sich kritisch mit Informationen, vor allem aus den Medien und dem Internet, auseinanderzusetzen. Ebenso wichtig ist, dass Politik kritisches Denken annimmt und fördert. Wie das geht, kann man in der Schweiz sehen, wo ich seit vielen Jahren lebe. Hier wird Basisdemokratie und viersprachiger Föderalismus gelebt. In der Schweiz werden die Bürger bei wichtigen Fragen – wie der Zuwanderung – durch Volksabstimmungen an der Entscheidung direkt beteiligt und übernehmen damit Verantwortung, selbst wenn das Ergebnis naturgemäß nicht allen passt. Bewunderungswürdig ist auch der Respekt, den Schweizer Politiker ihren Bürger zollen. Das gilt sowohl für den Status als auch für die Meinung. Ein Bauer vom Land wird mit seiner Meinung nicht weniger ernst genommen als ein Banker aus Zürich, ein Pro nicht weniger respektiert als ein Kontra.

Das Gespräch führte Silke Hellwig.

Gerd Ganteför ist an diesem Mittwoch Festredner des Neujahrsempfangs der Liberalen Gesellschaft Bremen (19 Uhr, Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstraße 34). Anmeldungen sind erbeten über die Homepage der Liberalen Gesellschaft ([www.liberalgesellschaft.de](http://www.liberalgesellschaft.de)).

WESER KURIER

Eine Auswertung dieser Messfelder ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.

